

Antrag

der Abgeordneten Patrick Döring, Horst Friedrich (Bayreuth), Ernst Burgbacher, Jan Mücke, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Otto Fricke, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Elke Hoff, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Michael Link (Heilbronn), Horst Meierhofer, Patrick Meinhardt, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Detlef Parr, Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Frank Schäffler, Dr. Max Josef Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Buslenkzeiten anpassen – Mittelständische Busunternehmen retten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Im Europäischen Parlament wurden am 2. Februar 2006 zwei legislative Entschlüsse auf Vorschlag des Vermittlungsausschusses von Parlament und Rat verabschiedet, welche unter anderem die Regelung von Lenkzeiten im Güter- und Personenverkehr betreffen.

Bis dahin galt in Europa für den Personenverkehr die so genannte 12-Tage-Regelung, nach der Busfahrer ihre zulässigen Tageslenkzeiten auch an bis zu zwölf aufeinander folgenden Tagen absolvieren dürfen.

Mit dieser Ausnahme gegenüber dem Güterverkehr wurde sichergestellt, dass Busrundreisen von mehr als sechs Tagen einfach, wirtschaftlich und sicher durchgeführt werden konnten. Diese Möglichkeit und damit die Existenz von allein in Deutschland rund 6 000 mittelständischen Busunternehmen ist durch den Wegfall der Regelung nun gefährdet.

Die 12-Tage-Regelung ist für die Bustouristik von entscheidender Bedeutung, um ihre Dienstleistungen sinnvoll und – gegenüber Bahn- und Flugreisen – wettbewerbsfähig anbieten zu können. Im Gegensatz zum Güterkraftverkehr ist es für die Reisebranche erforderlich, dass eine Busreisegruppe von einem Fahrer über einen Zeitraum von mehr als sechs Tagen betreut wird. Der Verzicht auf einen oder mehrere lenkfreie Tage während des 12-Tage-Zeitraums ist unproblematisch, da der Fahrer durch die Einhaltung der jeweiligen Tageslenkzeiten seiner Arbeit ausgeruht nachkommen kann.

Ohne diese Ausnahmeregelung werden Busrundreisen erheblich erschwert und zum Teil eingestellt werden müssen, da das Auswechseln des Fahrers auf Strecken im Ausland kaum durchführbar oder sogar rechtlich nicht möglich ist.

II. Der Bundestag fordert die Bundesregierung daher auf,

1. sich dafür einzusetzen, dass die 12-Tage-Regelung für den Personenverkehr auf europäischer Ebene erhalten bleibt,
2. im Europäischen Rat gegen den Vorschlag des Vermittlungsausschusses zu stimmen,
3. für den Fall, dass auf europäischer Ebene die genannte Änderung der Lenk- und Ruhezeiten nicht erreicht werden kann, zu prüfen, inwieweit auf der Ebene des nationalen Rechts die Wettbewerbsfähigkeit der Bustouristik bei mehr als sechstägigen Reisen sichergestellt werden kann,
4. sich zukünftig verstärkt für die Schaffung flexibler Regelungen für die Busreisebranche einzusetzen.

Berlin, den 7. Februar 2006

Patrick Döring
Horst Friedrich (Bayreuth)
Ernst Burgbacher
Jan Mücke
Joachim Günther (Plauen)
Dr. Karl Addicks
Christian Ahrendt
Uwe Barth
Rainer Brüderle
Angelika Brunkhorst
Mechthild Dyckmans
Jörg van Essen
Otto Fricke
Hans-Michael Goldmann
Miriam Gruß
Dr. Christel Happach-Kasan
Heinz-Peter Haustein
Elke Hoff
Birgit Homburger
Dr. Werner Hoyer
Dr. Heinrich L. Kolb
Gudrun Kopp
Jürgen Koppelin

Heinz Lanfermann
Sibylle Laurischk
Harald Leibrecht
Michael Link (Heilbronn)
Horst Meierhofer
Patrick Meinhardt
Burkhardt Müller-Sönksen
Dirk Niebel
Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Detlef Parr
Cornelia Pieper
Jörg Rohde
Frank Schäffler
Dr. Max Josef Stadler
Carl-Ludwig Thiele
Florian Toncar
Christoph Waitz
Dr. Claudia Winterstein
Dr. Volker Wissing
Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Martin Zeil
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion